

in ihren Bestrebungen um eine Vormachtstellung in Westeuropa durch den EVG-Vertrag gezügelt. Was die herrschenden Kreise Westdeutschlands unter „Europäischer Gemeinschaft“ verstehen, geht aus der Erklärung des Bonner Ministers Seehofer hervor: „Europäische Kultur ist nur dort, wo deutsche Menschen wohnen.“ Der SS-General Hauber bezeichnete in einem von ihm in Westdeutschland herausgegebenen Buch die faschistische SS als den „Vorkämpfer für ein freies, vereinigtes Europa“.

Die unverhüllten Drohungen Adenauers und anderer westdeutscher Politiker gegen Frankreich zeigen, daß sie die Politik Hitlers fortsetzen. Wie sie handeln werden, wenn sie Waffen in den Händen haben, lehrte uns die Vergangenheit. Es ist heute schon klar, daß jeder, der sich mit ihnen verbündet, Gefahr läuft, in verhängnisvolle Abenteuer hineingezogen zu werden.

Die Wiederbewaffnung deutscher Militaristen würde ohne Zweifel die friedliebenden europäischen Staaten zur Verstärkung ihrer Verteidigungsanstrengungen zwingen und ein Wettrüsten zur Folge haben. Ein Wettrüsten dient nicht der Erhaltung des Friedens.

Man darf nicht übersehen, daß die herrschenden Kreise der USA ein Komplott mit den deutschen Militaristen eingegangen sind. Das Ziel ist unverkennbar: Westdeutschland zum amerikanischen Gendarmen Westeuropas zu machen. Bereits heute haben in Westdeutschland die deutschen Militaristen und die Nazis von gestern die Oberhand, so daß selbst solche bürgerlichen Politiker, wie der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, zu der Feststellung gezwungen sind, „daß sich Westdeutschland in wichtigen Bezirken der Staatsführung haarscharf auf der Grenze eines noch halbdemokratischen, schon halb autoritären Staatswesens befindet“.

Es entspricht deshalb keineswegs den Tatsachen, wenn in der Broschüre davon die Rede ist, in Westdeutschland sei die Gewähr gegeben, daß die bewaffneten Kräfte durch die Demokratie kontrolliert werden.

Ebenso abwegig ist es, zu behaupten, das deutsche Volk unterstütze die Pläne der Bonner Kriegspolitiker.

Während der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die überwältigende Mehrheit der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gegen den EVG-Vertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen. Eine freie Entscheidung der (westdeutschen Bevölkerung über die Frage „Friedensvertrag oder EVG-Vertrag?“ würde zu einem gleichen Ergebnis führen. Der Verlust